Satzungsentwurf

IMAN Bildungs- und Freizeitzentrum muslimischer Frauen e.V.

Gliederung

§ 1	Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr	2
§ 2	Vereinszweck	2
§ 3	Gemeinnützigkeit	3
§ 4	Beiträge und Finanzmittel	4
§ 5	Mitgliedschaft	4
§ 6	Rechte und Pflichten der Mitglieder	4
§ 7	Organe des Vereins	5
§ 8	Der Vorstand	5
§ 9	Mitgliederversammlungen	6
§ 10	Änderung des Zwecks und Satzungsänderungen	7
§ 11	Bekundungen von Beschlüssen	7
§ 12	Haftung	7
§ 13	Auflösung des Vereins und Vermögensbindung	7

§ 1 Name, Sitz, Eintragung, Geschäftsjahr

- 1) Der Verein trägt den Namen Bildungs- und Freizeitzentrum muslimischer Frauen.
- 2) Er hat den Sitz in Darmstadt.
- 3) Er wird in das Vereinsregister beim Amtsgericht in Darmstadt eingetragen.
- 4) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Vereinszweck

- 1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- 2.) Zwecke des Vereins sind die
 - a) Förderung der Jugend (§ 52 Abs. 2 Nr. 4 AO),
 - b) Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO),
 - c) Förderung der Religion (§ 52 AO Abs. 2 Nr. 2 AO).
- 3.) Zur Verwirklichung der Vereinszwecke unter § 2 Abs.2 wird primär eine Begegnungs- und Fortbildungsstätte errichtet und betrieben. In dieser Einrichtung sollen die genannten Zwecke weiter wie folgt verwirklicht werden:
- 4.) Der Satzungszweck der Jugendförderung wird insbesondere verwirklicht durch
 - a) Organisation und Durchführung von lokalen Jugendtreffs und Jugendfreizeitgestaltungen sportlicher und kultureller Natur,
 - b) Organisation und Durchführung von Nachhilfe- und Sprachkursen zur Erlernung der deutschen Sprache,
 - c) Organisation und Durchführung von Projekten zur Berufsfrühorientierung, Sozialkompetenzförderung sowie Jugendaustausch- und Jugendbegegnungsprojekten zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt durch geschulte Pädagoginnen und Pädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.
- 5.) Der Satzungszweck der Erziehung, Volks- und Berufsbildung wird insbesondere verwirklicht durch
 - a) Organisation und Durchführung von bildungspädagogischen und berufsbezogenen Vorträgen, in denen die Betroffenen in ihren Stärken und Fähigkeiten und Zukunftsplänen gestärkt werden,

- b) Organisation von Bildungsausflügen und Jugendfreizeitgestaltungen sportlicher und kultureller Natur,
- c) Organisation und Durchführung von Projekten zur Berufsfrühorientierung, Sozialkompetenzförderung sowie Jugendaustausch- und Jugendbegnungsprojekten zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Integration Jugendlicher und junger Erwachsener in den Arbeitsmarkt durch geschulte Pädagoginnen und Pädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter.
- d) Abhalten von Erziehungsseminaren für Eltern durch geschulte Referenten zur Förderung eines harmonischen und pädagogischen Familienlebens.

6.) Der Satzungszweck der Förderung der Religion wird insbesondere verwirklicht durch

- a) Organisation und Durchführung von regelmäßigen Unterrichtseinheiten zur Erlernung der arabischen Sprache zum besseren Verständnis koranischer Texte,
- b) Planung und Ausrichtung religiöser Feste und Feierlichkeiten wie Ramadan- und Opferfest oder gemeinsames Fastenbrechen für Muslime mit der Verrichtung der Gemeinschafts- und Festtagesgebete sowie religiöser Motivationspredigten,

§ 3 Gemeinnützigkeit

- 1) Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- 2) Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- 3) Die Mitglieder des Vereins dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten.
- 4) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 4 Beiträge und Finanzmittel

- 1) Der Verein bestreitet die zur Erfüllung seiner Zwecke notwendigen materiellen Mittel durch Mitgliedsbeiträge, Geld- und Sachspende und sonstige Zuwendungen.
- 2) Die Mitglieder zahlen Beiträge nach Maßgabe eines Beschlusses der Mitgliederversammlung (§ 8). Zur Festlegung der Beitragshöhe und -fälligkeit ist eine 2/3- Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden, stimmberechtigten Vereinsmitglieder erforderlich. Der von der

Mitgliederversammlung festgelegte Beitrag ist ein Mindestbeitrag. Für Beiträge und Zuwendungen kann das Mitglied bzw. der Spender eine Quittung erhalten.

§ 5 Mitgliedschaft

- 1) Mitglied des Vereins kann jede natürliche und jede juristische Person werden, die seine Ziele unterstützt (§ 2). Über den Antrag auf Aufnahme in den Verein entscheidet der Vorstand durch einfache Mehrheit.
- 2) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss oder Tod, bzw. bei juristischen Personen durch deren Auflösung.
- 3) Der Austritt eines Mitglieds ist jederzeit möglich. Er erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Einhaltung einer Frist von 1 Monat. Maßgebend ist das Datum des Poststempels.
- 4) Der Ausschluss eines Mitglieds ist bei grobem Verstoß gegen die Ziele des Vereins oder sittenwidrigen Handlungen zulässig. Der Ausschluss erfolgt nach Anhörung des betroffenen Mitglieds durch Mehrheitsbeschluss des Vorstands. Die Ausschlussentscheidung muss begründet werden. Gegen den Ausschlussbeschluss kann innerhalb einer Frist von 4 Wochen nach Mitteilung des Ausschlusses Beschwerde eingelegt werden, über die die Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit entscheidet.
- 5) Der Ausschluss eines Mitgliedes ist auch möglich, wenn trotz Mahnung die Mitgliedsbeiträge nicht gezahlt werden und ein Rückstand von 6 Monaten zu verzeichnen ist.
- 6) Ausgeschlossene Mitglieder verlieren sämtliche Ansprüche gegenüber dem Verein. Bereits gezahlte Mitgliedsbeiträge oder aufgewendete Sachwerte werden nicht erstattet.
- 7) Minderjährige Mitglieder haben Stimmrecht ohne gesetzlichen Vertreter

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- 1.) Die Mitglieder sind berechtigt, die Einrichtungen und Anlagen des Vereins zu benutzen und an allen Veranstaltungen teilzunehmen. Einzelne Nutzungsuntersagungen können seitens der Vorstandsmitglieder ausgesprochen werden.
- 2.) Die Mitglieder sind weiterhin berechtigt in die Ein- und Ausgaben des Vereins einzusehen. Die Einsicht erfolgt durch schriftlichen Antrag beim Vorstand.
- 3.) Die Mitglieder sind verpflichtet, den Vereinszweck zu fördern und alles zu unterlassen, was das Ansehen des Vereins gefährden könnte. Den Anordnungen der Vereinsorgane ist Folge zu leisten. Die Mitglieder sind weiterhin zur gegenseitigen Rücksichtnahme und Kameradschaft verpflichtet.

4.) Die Mitglieder haben die Mitgliedsbeiträge zu entrichten.

§ 7 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- Der Vorstand
- Die Mitgliederversammlung

§ 8 Der Vorstand

- 1) Der Vorstand besteht gemäß § 26 BGB aus einer Vorsitzenden, einer stellvertretenden Vorsitzenden und bis 3 gleichberechtigten Vorstandsmitgliedern.
- 2) Dem Vorstand obliegt die Geschäftsführung des Vereins. Der Vorstand ist insbesondere für die strategische Ausrichtung des Vereins, die Planung und Steuerung von Maßnahmen zur Zweckförderung sowie die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung zuständig. Gerichtlich und außergerichtlich wird der Verein durch zwei Vorstandsmitglieder in Gesamtvertretungsberechtigung vertreten.
- 3) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für die Dauer von 1 Jahr gewählt. Die Wahl des Vorstandes wird geheim durchgeführt. Hauptamtliche Mitarbeiter haben kein passives Wahlrecht.
- 4) Die Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist möglich. Die Vorsitzende wird von der Mitgliederversammlung in einem besonderen Wahlgang bestimmt. Die jeweiligen amtierenden Vorstandsmitglieder bleiben nach Ablauf ihrer Amtszeit so lange im Amt, bis ihre Nachfolgerinnen gewählt sind und ihr Amt antreten können.
- 5) Der Vorstand übt seine Tätigkeit ehrenamtlich aus. Der Vorstand kann für die Geschäfte der laufenden Verwaltung einen Geschäftsführer bestellen. Dieser ist berechtigt an den Sitzungen des Vorstandes in beratender Funktion teilzunehmen.
- 6) Vorstandssitzungen finden mindestens 6-mal im Jahr sowie nach Bedarf statt. Die Einladung zu Vorstandssitzungen erfolgt durch die Vorsitzende, bei ihrer Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende, schriftlich unter Einhaltung einer Einladungsfrist von mindestens 1 Woche. Vorstandssitzungen sind beschlußfähig, wenn satzungsgemäß eingeladen wurde und mindestens 3 Vorstandsmitglieder – darunter die Vorsitzende oder die stellvertretende Vorsitzende – anwesend sind.
- 7) Der Vorstand faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit.
- 8) Beschlüsse des Vorstands können bei Eilbedürftigkeit auch schriftlich oder fernmündlich gefaßt werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu dem Verfahren schriftlich oder fernmündlich erklären. Schriftlich oder fernmündlich gefaßte Vorstandsbeschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von der Vorsitzenden zu unterzeichnen.

§ 9 Mitgliederversammlungen

- 1) Die Mitgliederversammlung ist einmal jährlich einzuberufen.
- 2) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn es das Vereinsinteresse erfordert oder wenn die Einberufung von 20 % der Vereinsmitglieder schriftlich und unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangt wird.
- 3) Die Einberufung der Mitgliederversammlung erfolgt schriftlich durch die Vorsitzende, bei deren Verhinderung durch die stellvertretende Vorsitzende unter Wahrung einer Einladungsfrist von mindestens zwei Wochen bei gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung. Die schriftliche Einladung muß den Mitgliedern entweder per Post, bzw. Fax oder E-Mail zugeschickt oder persönlich überreicht werden. Bei Übersendung per Post beginnt die zweiwöchige Frist mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Es gilt das Datum des Poststempels. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist.
- 4) Die Mitgliederversammlung als das oberste beschlußfassende Vereinsorgan ist grundsätzlich für alle Aufgaben zuständig, sofern bestimmte Aufgaben gemäß dieser Satzung nicht einem anderen Vereinsorgan übertragen wurden.

Ihr sind insbesondere die Jahresrechnung und der Jahresbericht zur Beschlußfassung über die Genehmigung und die Entlastung des Vorstands schriftlich vorzulegen. Sie bestellt einen Rechnungsprüfer, die weder dem Vorstand noch einem vom Vorstand berufenen Gremium angehören und auch nicht Angestellte des Vereins sein dürfen, um die Buchführung einschließlich Jahresabschluß zu prüfen und über das Ergebnis vor der Mitgliederversammlung zu berichten.

Die Mitgliederversammlung entscheidet insbesondere über:

- a) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge,
 - b) Entgegennahme der Jahresrechnung und des Jahresberichts des Vorstands,
 - c) Entlastung des Vorstands,
 - d) Aufgaben und Projektausrichtung des Vereins (Vereinszweck)
 - e) An- und Verkauf sowie Belastung von Grundbesitz,
 - f) Beteiligung an Gesellschaften,
 - g) Aufnahme von Darlehen ab 20.000,- EUR
 - h) Satzungsänderungen,
 - i) Auflösung des Vereins.
- 5) Jede satzungsmäßig einberufene Mitgliederversammlung wird als beschlußfähig anerkannt ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder. Jedes Mitglied hat 1 Stimme. Das Stimmrecht ist nicht übertragbar.

- 6) Die Mitgliederversammlung faßt ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

§ 10 Änderung des Zwecks und Satzungsänderung

- 1) Für die Änderung des Vereinszwecks und für andere Satzungsänderungen ist eine $\frac{3}{4}$ - Mehrheit der erschienenen Vereinsmitglieder erforderlich. Über Satzungsänderungen kann in der Mitgliederversammlung nur abgestimmt werden, wenn auf diesen Tagesordnungspunkt bereits in der Einladung zur Mitgliederversammlung hingewiesen wurde und der Einladung sowohl der bisherige als auch der vorgesehene neue Satzungstext beigefügt worden waren.
- 2) Satzungsänderungen, die von Aufsichts-, Gerichts- oder Finanzbehörden aus formalen Gründen verlangt werden, kann der Vorstand von sich aus vornehmen. Diese Satzungsänderungen müssen allen Vereinsmitgliedern alsbald schriftlich mitgeteilt werden.

§ 11 Beurkundung von Beschlüssen

Die in Vorstandssitzungen und in Mitgliederversammlungen gefassten Beschlüsse sind schriftlich niederzulegen und von dem jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer der Sitzung zu unterzeichnen.

§ 12 Haftung

Für Schäden gleich welcher Art, die einem Vereinsmitglied aus der Teilnahme am Vereinsleben oder durch die Benutzung der Vereinseinrichtungen oder durch Anordnungen der Vereinsorgane entstanden sind, haftet der Verein nur, wenn einem Organmitglied oder einer sonstigen Person, für die der Verein nach den Vorschriften des Zivilrechts einzustehen hat, Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit zur Last fällt.

§ 13 Auflösung des Vereins und Vermögensbindung

- 1) Für den Beschluß, den Verein aufzulösen, ist eine $\frac{3}{4}$ - Mehrheit der in der Mitgliederversammlung anwesenden Mitglieder erforderlich. Der Beschluß kann nur nach rechtzeitiger Ankündigung in der Einladung zur Mitgliederversammlung gefasst werden.
- 2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an „Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e. V.“, Sitz in Köln, der es ausschließlich und unmittelbar für gemeinnützige bzw. mildtätige Wohlfahrtszwecke zu verwenden hat.